

Niederschrift

E-Mail: buergerbeteiligung@stadt-koeln.de

Datum: 13.09.2017

über die **8. Sitzung des Arbeitsgremiums Bürgerbeteiligung**
am Dienstag, 12. September 2017, 16.30 bis 19.30 Uhr,
Theodor-Heuss-Saal, Rathaus, Spanischer Bau

Anwesend:

Stadtgesellschaft

Werner Keil
Almut Skriver
Hans Kummer
Dieter Schöffmann
Benjamin Heidkamp
Wiebke Mandt
Ulrich Trapp
Volker Becker
Georg Weber
Anne-Marie Scholz
Frank Feles

Politik

Jörg Detjen
Raphael Struwe
Thomas Hegenbarth
Horst Thelen
Bernd Schößler

Verwaltung

Daniela Hoffmann
Ralf Mayer
Dr. Ulrich Höver
Doris Dieckmann
Frank Pfeuffer
Dr. Günter Bell
Susanne Kunert
Nina Rehberg
Anne Luise Müller
Isabel Strehle

Koordinationsteam Bürgerbeteiligung

Franziska Weiss
Sabine Möwes

Zebralog

Dr. Oliver Märker
Julia Fielitz

Zuschauerinnen und Zuschauer

Entschuldigt:

Stadtgesellschaft

Petra Kittlaus
Christine Rutenberg
Hiltrud Schoofs
Dr. Ute Glasmacher
Tina Brinkmann

Politik

Katharina Welcker
Christian Joisten
Dr. Jürgen Strahl
Stefan Götz
Katja Hoyer
Berivan Aymaz
Helga Blömer-Freker

Verwaltung

Manfred Ropertz
Ina-Beate Fohlmeister

1 Begrüßung, neue Mitglieder, Organisatorisches und Ablauf der Sitzung

- Frau Hoffmann begrüßt die Mitglieder des Arbeitsgremiums (AG) und die Besucherinnen und Besucher zur achten Sitzung des Arbeitsgremiums Bürgerbeteiligung.
- Als neue Mitglieder der AG werden begrüßt:
 - Doris Dieckmann (VHS)
 - Isabel Strehle (Referentin im Baudezernat)
 - Dieter Schöffmann (Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement)
- Rückmeldungen zum Protokoll der letzten Sitzung sind nicht eingegangen.

Die Moderation erklärt das Ziel der Sitzung und den geplanten Ablauf. Die Sitzung soll genutzt werden, um Rückmeldungen zu dem von Zebralog verfassten Textbaustein „Information zu Vorhaben und Initiativrecht“ zu erhalten. Der Textbaustein ist ein Vorschlag und dient als Diskussionsgrundlage für die Sitzung. Ein gemeinsames Verständnis zu diesem „Herzstück“ der Leitlinien soll erarbeitet werden, um darauf aufbauend die übrigen Texte zu formulieren.

2 Vorstellung des Textbausteins „Informationen über Vorhaben und das Initiativrecht“

- Zebralog stellt den Inhalt des Textbausteins anhand einer Präsentation vor (siehe Anhang).
- Folgende Rückmeldungen, Fragen und Hinweise bringen die AG-Mitglieder in die Diskussion ein (Zusammenfassung der zentralen Aussagen):

3. Diskussion zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Textbausteins – Teil 1

Diskussion zum Vorschlag zur Struktur von RIS und Mitwirkungsportal

Der Textvorschlag wurde von der AG positiv aufgenommen. Mehrere AG-Mitglieder loben den Textvorschlag insgesamt, da er wichtige Ergebnisse des Diskussionsprozesses aufgreife und strukturiert zusammenbringe. **Vorteile** werden gesehen in folgenden Punkten:

- **Integrierte Herangehensweise** (System dockt an bestehende Strukturen an, greift diese auf und kann Beteiligung in ihnen stärken)
- **Kein Aufbau von Parallelstrukturen**
- Vorschlag ist **bürgerfreundlich** sowie **verwaltungs- und politikfreundlich** (auch Verwaltung und Politik kommen mit dem derzeitigen Ratsinformationssystem nicht gut klar)
- Die **Grenzen der Beteiligung** werden durch den Vorschlag deutlich. Es gehört zu guter Kommunikation, dass die Grenzen klar formuliert werden (vor dem Hintergrund des repräsentativ demokratischen Systems).

- Das System bietet **maximale Transparenz** für Bürger und Bürger, Verwaltung und Politik
- Das System unterstützt **Kulturwandel**: „Bürgerbeteiligung muss integriert mitgedacht werden“.

Hingewiesen wird darauf, dass der Vorschlag sehr gut sei, es aber auf die Umsetzungs-(kultur) ankomme.

Viele Rückmeldungen betreffen die **Anforderungen an ein innovatives Ratsinformationssystem (RIS)**, beispielsweise in Bezug auf Barrierefreiheit. Die Überarbeitung des RIS und welche bürgerfreundlichen Funktionen dieses haben sollte, wird u.a. auf der öffentlichen Veranstaltung „**Köln Digital am 17.10.2017**“ diskutiert. Hinsichtlich der Anforderungen an das RIS sollten laut der AG-Mitglieder folgende Punkte beachtet werden:

- **Barrierefreiheit** sowie **Leichte Sprache**.
- Es braucht **sehr gute Filterfunktionen**, um eine Überflutung von Informationen durch Beschlussvorlagen zu vermeiden. Es sei sinnvoll, wenn man aus Websites barrierefreie PDFs erstellen könne. Über die **Suchfunktion (z.B. themen- und kartenbasiert)** solle es möglich sein, die gesuchten Inhalte schnell zu finden.
- Gut wäre es, wenn man sich die **Inhalte als pdf** herunterladen könnte.

Andere Personen weisen auf die Notwendigkeit hin, **ausreichend Ressourcen** zur Verfügung zu stellen.

Deutlich wird, dass man nun „ins Tun“ kommen solle. D.h. mit wenigen Pilotprojekten starten, diese qualitätsvoll umsetzen und anschließend auf weitere Projekte übertragen.

- Vorschlag: **Mit wenigen Projekten bzw. Gremien (z.B. Stadtentwicklungsausschuss) anfangen**
RIS: **Start mit ersten Prototypen**

Weitere Hinweise und Diskussionspunkte:

- **RIS sollte umbenannt werden**, da es sich nicht nur an den Rat wende, sondern auch Einwohnerinnen und Einwohner das Portal nutzen sollen.
- Sinnvoll wäre, wenn **Vorhaben frühzeitig im RIS eingestellt** würden. Frage: Wie lange gibt es ein Zeitfenster für die Bürgerinnen und Bürger eine Beteiligung anzuregen?
- Die Anregung von Vorhaben durch Bürgerinnen und Bürger wird künftig entsprechend § 24 der Gemeindeordnung NRW im Ausschuss Anregungen und Beschwerden behandelt.

Die Gremien sollten künftig deutlich machen, mit welchen Begründungen sie darüber entscheiden, ob eine Bürgerbeteiligung durchgeführt wird oder nicht.

Es wird die Frage aufgeworfen, wie Bürger partizipativ bei der Vorbereitung von ÖB beteiligt werden? Die partizipative Vorbereitung von ÖB sollte bei komplexen Verfahren möglich sein und mitgedacht werden.

Zebralog bekommt von der AG den Auftrag das Textdokument weiterzuentwickeln.

5 Diskussion zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Textbausteins – Teil 2

Vorschlag „Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung“

Was finden Sie gut?

- Der Vorschlag ein Büro einzurichten, das nah an den Beteiligten und mit den **quartiersnahen Strukturen** zusammenwirkt, wird begrüßt. Verschiedene **zivilgesellschaftliche Vereine** würden in Frage kommen, um die Rolle im kooperativen Büro auszufüllen. Betrachtet werden sollte, welche Akteure es bereits gibt und wie diese zusammenwirken können. Der Vorschlag sei gut, müsse aber noch im Detail ausgearbeitet werden.
- Das Büro ÖB wird als Herzstück angesehen: Die meisten Bürgerinnen und Bürger werden erst dann mit Beteiligung konfrontiert, wenn Beteiligung bereits durchgeführt wird.
- Gut, dass es eine Struktur/Anlaufstelle für Beteiligung gibt. **In der Verwaltung** sollen Kompetenzen für Bürgerbeteiligung gebündelt werden. **Erfahrungen aus Potsdam** sollen herangezogen werden.

Hinweise und Diskussionspunkte:

- Ein zentrales Büro ÖB soll durch dezentrale Strukturen unterstützt und mit Ihnen gut vernetzt sein.
- Eingeworfen wird die Frage, ob sich das Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung mit dem bestehenden Bürgerbüro kombinieren ließe. Auf diese Weise würde Personal gespart.
- **Eine Aufgabe des Büros für ÖB soll die Pflege und Aktualisierung des Mitwirkungsportals sein.**

Vorschlag „Beirat für Öffentlichkeitsbeteiligung“

Zebralog empfiehlt, keinen eigenen Ausschuss für Öffentlichkeitsbeteiligung (wie etwa Bonn) einzurichten. Von dort würden die Themen ohnehin in die fachlich zuständigen Gremien weitergeleitet. Es bestehe keine echte Zuständigkeit. Stattdessen verlängern sich die Beratungszeiten. Einen Beirat sollte es geben.

Die Zusammensetzung des Beirats wird kontrovers diskutiert:

- Auf die Beteiligung der Wirtschaft im Beirat soll verzichtet werden. Ergänzt man dort die Wirtschaft, müssten auch weitere Lobbygruppen ergänzt werden. Stattdessen könnten solche Perspektiven in konkreten Beteiligungsprozessen bei Bedarf einbezogen werden. Es wird angeregt, mehr als lediglich 1 Platz für eine/n Vertreter/in der Bezirke vorzusehen.

Vorschlag „Anregung von Beteiligung“

Zebralog weist darauf hin, dass die Einwohnerinnen und Einwohner in anderen Städten die Möglichkeit, eine Beteiligung anzuregen, nur sehr selten nutzen. D.h. auch für Köln werde nicht erwartet, dass es durch die Leitlinien zu zahlreichen Anregungen kommt. In der Regel initiiert die Verwaltung bereits Beteiligungsverfahren bei den Vorhaben, bei denen ein hohes öffentliches Interesse erwartet wird.

Diskussionspunkte

Die Systematik der Anregung komplexerer Beteiligung bzw. der Beteiligung in einer höheren Stufe wird als zu komplex eingeschätzt. Ebenfalls das Instrument der „Moratoriumsliste“. Der Textentwurf soll diesbezüglich vereinfacht werden. Stellt man nach einer Erprobungsphase der Leitlinien fest, dass solche Funktionen und Instrumente doch notwendig und sinnvoll sind, können sie ergänzt werden.

Die Entscheidungsgremien können zudem jederzeit entscheiden, dass ein Beteiligungsverfahren stattfindet oder nicht.

Jedermann steht entsprechend § 24 der Gemeindeordnung NRW das Recht zu, Anregungen oder Beschwerden an den Rat oder die Bezirksvertretungen zu richten. Hierüber ist es möglich, dass Vorhaben angeregt werden, die sich noch nicht im RIS und auch nicht im MP befinden.

Rückmeldungen von den Gästen

Es hätte in der Vergangenheit bereits mehrfach Ansätze gegeben Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Man müsse nun in die Umsetzung kommen.

Es wird die Frage aufgeworfen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büro ÖB arbeiten sollen.

6 Ausblick und nächste Schritte

10.10.	AG 9
16.11.	AG 10
30.11.-23.12.	Online-Dialog
5.12.	Leitlinienwerkstatt

Die ursprünglich für Dezember vorgesehene AG-Sitzung erfolgt im Januar, nachdem der Online-Dialog stattgefunden hat und dessen Ergebnisse vorliegen. Die genauen Termine für das Jahr 2018 werden noch mitgeteilt.

Anlagen

- Präsentation
- Sketchnotes